

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid

am 12.11.2007

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Rates:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Peter Arens	CDU
Ratsherr Felice Bucci	CDU
Ratsherr August-Wilhelm Cordt	CDU
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU
Ratsfrau Christel Gabler	CDU
Ratsfrau Christine Hohnsel	CDU
Ratsherr Rüdiger König	CDU
Ratsfrau Ulrike Kopp	CDU
Ratsherr Marcus Kühnel	CDU
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs	CDU
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer	CDU
Ratsherr Stefan Pietzner	CDU
Ratsfrau Margarete Rehm	CDU
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU
Ratsherr Kai Rodehüser	CDU
Ratsherr Jürgen Sager	CDU
Ratsherr Bernd Schulte - MdL	CDU
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU
Ratsfrau Marianne Weber	CDU

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Achim Ahlhaus	SPD
Ratsfrau Susanne Czaja	SPD
Ratsherr Ingo Diller	SPD
Ratsherr Gordan Dudas	SPD
Ratsherr Horst Eick	SPD
Ratsfrau Eveline Haue	SPD
Ratsfrau Karin Hertes	SPD
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi	SPD
Ratsherr Harald Metzger	SPD
Ratsherr Bernd Schildknecht	SPD
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD
Ratsfrau Elke Teipel	SPD
Ratsherr Michael Thielicke	SPD
Ratsherr Holger Triebert	SPD
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Jens Voß	SPD

Ab 17.40 Uhr, zu TOP 2.

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt	Grüne
Ratsfrau Renate Lazar	Grüne
Ratsfrau Tanja Tschöke	Grüne

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball	FDP
Ratsherr Jens Holzrichter	FDP
Ratsherr Bruno Schwarz	FDP

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsherr Peter Biernadzki	LL
Ratsherr Gerhard Schnell	LL

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsfrau Monika Oettinghaus	AfL
Ratsherr Peter Oettinghaus	AfL
Ratsherr Jürgen Thiel	AfL

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Herr Michael Walker
Herr Peter Dilks

Schriftführung:

Frau Ulrike Ehart

Abwesend:

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam	CDU
-----------------------	-----

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker	SPD
------------------------	-----

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Hermann Morisse	Grüne
--------------------------	-------

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe	LL
---------------------------	----

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

1.1. Weihnachtsbeihilfe

Bürgermeister Dzewas erteilt Herrn Skowasch-Wiers das Wort und dieser erläutert den Antrag, der dem Original der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt ist.

Bürgermeister Dzewas informiert, dass sich der Beschwerdeausschuss der Stadt Lüdenscheid in seiner nächsten Sitzung am 20.11.2007 mit der Anregung befassen werde.

2. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 207/2007

3. Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 181/2007

4. Finanzplanung 2007 - 2011 (Investitionsprogramm 2009 - 2011)
Vorlage: 182/2007

Bürgermeister Dzewas stellt fest, dass keine Bedenken erhoben werden, dass aufgrund des sachlichen Zusammenhangs eine gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte 2.) bis 4.) erfolgt. Er weist darauf hin, dass heute folgende Tischvorlagen verteilt wurden, die als Ergänzung für die Etatberatungen dienen und für die nachfolgenden Haushaltsplanberatungen aufzubewahren sind:

- der Entwurf Stellenplan 2008
- der Entwurf Haushaltsplan 2008
- eine Dringlichkeitsliste zum Vermögenshaushalt
- eine Änderungsliste zum Verwaltungshaushalt
- Grafiken und Tabellen zum Haushalt

Mit den Sitzungsdrucksachen Nr. 207/2007, 181/2007 und 182/2007 bringen Bürgermeister Dzewas und Stadtkämmerer Blasweiler die Verwaltungsentwürfe zum Stellenplan 2008, zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 und zur Finanzplanung 2007 – 2011 ein. Ihre Ausführungen werden als **Anlagen 2 und 3** der Niederschrift beigelegt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid nachfolgenden

Beschlüsse:

Der dem Rat zugeleitete Entwurf des Stellenplans 2008 wird zur Beratung und anschließenden Empfehlung an den Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung sowie den Hauptausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

Der dem Rat gemäß § 79 Abs. 2 GO NRW zugeleitete Entwurf der Haushaltssatzung 2008 wird zur Beratung an die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

Das Investitionsprogramm 2009 – 2011 wird zur Beratung an die zuständigen Ausschüsse

verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

- 5. Erlass einer Satzung für die Übergangsheime der Stadt Lüdenscheid zum 01.01.2008
Vorlage: 155/2007**
-

Beschluss:

Für die Gebührenanpassung zum 01.01.2008 für die Übergangsheime der Stadt Lüdenscheid wird die Satzung in der dem Original der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

- 6. Bebauungsplan Nr. 555 "Wehberg", 5. Änderung;
Entscheidung über vorgebrachte Anregungen; Satzungsbeschluss
Vorlage: 188/2007**
-

Vor Eintritt in die Beratung macht Bürgermeister Dzewas darauf aufmerksam, dass der Plan zur Einsichtnahme im Sitzungssaal aushängt. Ferner verweist er auf die Befangenheitsvorschriften des § 31 in Verbindung mit § 43 (2) GO NW und bittet um Beachtung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid nachfolgenden

Beschluss:

I

Es wird festgestellt, dass aus der Öffentlichkeit sowie von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen wurden.

II

Gemäß 10 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.02.2004 (GV. NW S. 96) wird die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 555 „Wehberg“ vom Rat der Stadt Lüdenscheid als Sat-

zung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

**7. Bebauungsplan Nr. 601 "Nördlich des Kreiskrankenhauses Hellersen", 14. Änderung; Entscheidung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen; Satzungsbeschluss
Vorlage: 178/2007**

Vor Eintritt in die Beratung macht Bürgermeister Dzewas darauf aufmerksam, dass der Plan zur Einsichtnahme im Sitzungssaal aushängt. Ferner verweist er auf die Befangenheitsvorschriften des § 31 in Verbindung mit § 43 (2) GO NW und bittet um Beachtung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid nachfolgenden

Beschluss:

- I Es wird festgestellt, dass aus der Öffentlichkeit sowie von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen wurden.
- II Gemäß 10 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.02.2004 (GV. NW S. 96) wird die 14. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 601 „Nördlich des Kreiskrankenhauses Hellersen“ vom Rat der Stadt Lüdenscheid als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.
- III Es wird festgestellt, dass die 14. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 601 „Nördlich des Kreiskrankenhauses Hellersen“ aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

Der Bebauungsplan Nr. 601 „Nördlich des Kreiskrankenhauses Hellersen“, 14. Änderung wird mit dem Tage der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses des Rates der Stadt Lüdenscheid sowie von Ort und Zeit der öffentlichen Einsichtnahme rechtsverbindlich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

**8. Ausschluss von Einzelhandel im Bereich Bräuckenstraße; Entscheidung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen; Satzungsbeschlüsse
Vorlage: 183/2007**

Vor Eintritt in die Beratung macht Bürgermeister Dzewas darauf aufmerksam, dass die Pläne zur Einsichtnahme im Sitzungssaal aushängen. Ferner verweist er auf die Befangenheitsvorschriften des § 31 in Verbindung mit § 43 (2) GO NW und bittet um Beachtung.

Ratsherr Oettinghaus weist darauf hin, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde, da auch Discounter die Möglichkeit haben müssten, im Außenbereich zu bauen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Bürgermeister Dzewas die Vorlage 183/2007 zur Abstimmung und der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst nachfolgenden

Beschluss:

1) Bebauungsplan Nr. 531 „Wefelshohl“, 5. Änderung

- I Es wird festgestellt, dass aus der Öffentlichkeit sowie von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen wurden.
- II Gemäß 10 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.02.2004 (GV. NW S. 96) wird die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 531 „Wefelshohl“ vom Rat der Stadt Lüdenscheid als Satzung und die Begründung einschließlich des Umweltberichtes hierzu beschlossen.
- III Es wird festgestellt, dass die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 531 „Wefelshohl“ aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

2) Bebauungsplan Nr. 565 „Glatzer Straße / Königsberger Straße“, 3. Änderung

- I Es wird festgestellt, dass aus der Öffentlichkeit sowie von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen wurden.
- II Gemäß 10 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.02.2004 (GV. NW S. 96) wird die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 565 „Glatzer Straße / Königsberger Straße“ vom Rat der Stadt Lüdenscheid als Satzung und die Begründung einschließlich des Umweltberichtes hierzu beschlossen.

- III Es wird festgestellt, dass die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 565 „Glatzer Straße / Königsberger Straße“ aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

3) Bebauungsplan Nr. 569 „Rostocker Straße“, 1. Änderung

- I Es wird festgestellt, dass aus der Öffentlichkeit sowie von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen wurden.
- II Gemäß 10 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.02.2004 (GV. NW S. 96) wird die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 569 „Rostocker Straße“ vom Rat der Stadt Lüdenscheid als Satzung und die Begründung einschließlich des Umweltberichtes hierzu beschlossen.
- III Es wird festgestellt, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 569 „Rostocker Straße“ aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

4) Bebauungsplan Nr. 573 „Bräuckenwiese“, 2. Änderung

- I Es wird festgestellt, dass aus der Öffentlichkeit sowie von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen wurden.
- II Gemäß 10 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.02.2004 (GV. NW S. 96) wird die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 573 „Bräuckenwiese“ vom Rat der Stadt Lüdenscheid als Satzung und die Begründung einschließlich des Umweltberichtes hierzu beschlossen.
- III Es wird festgestellt, dass die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 573 „Bräuckenwiese“ aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

5) Bebauungsplan Nr. 752 „Peddensiepen“, 1. Änderung

- I Es wird festgestellt, dass aus der Öffentlichkeit sowie von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen wurden.
- II Gemäß 10 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.02.2004 (GV. NW S. 96) wird die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 752 „Peddensiepen“ vom

Rat der Stadt Lüdenscheid als Satzung und die Begründung einschließlich des Umweltberichtes hierzu beschlossen.

- III Es wird festgestellt, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 752 „Peddensiepen“ aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

6) Bebauungsplan Nr. 765 „Ehemaliger Schlachthof“, 4. Änderung

- I Es wird festgestellt, dass aus der Öffentlichkeit sowie von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen wurden.
- II Gemäß 10 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.02.2004 (GV. NW S. 96) wird die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 765 „Ehemaliger Schlachthof“ vom Rat der Stadt Lüdenscheid als Satzung und die Begründung einschließlich des Umweltberichtes hierzu beschlossen.
- III Es wird festgestellt, dass die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 765 „Ehemaliger Schlachthof“ aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44
Nein-Stimmen: 3

- 9. Umbesetzung von Ausschüssen;
hier: Hauptausschuss, Bau- und Verkehrsausschuss, Sozial- und Seniorenausschuss, Integrationsbeirat
Vorlage: 203/2007**
-

Beschluss:

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid in den

Hauptausschuss:

Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde als ordentliches Mitglied anstelle von Ratsherrn Stefan Pietzner.

Bau- und Verkehrsausschuss:

Herrn Rüdiger Wilde als ordentliches Mitglied anstelle von Ratsherrn Stefan Pietzner.

Sozial- und Seniorenausschuss:

Herrn Hans-Werner Wolff als ordentliches Mitglied anstelle von Frau Petra Schulz.

Auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid in den

Integrationsbeirat:

Herrn Kieran Griffin anstelle von Ratsfrau Renate Lazar als Stellvertreter für Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46

**10. Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Unterhaltssicherung (USG)
Vorlage: 214/2007**

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass die Vorlage 214/2007 als Tischvorlage verteilt wurde.

Nach kurzer Erläuterung durch Beigeordneten Theissen, aufgrund der Nachfragen von Ratsfrau Gabler und Ratsherrn Schwarz, stellt Bürgermeister Dzewas die Vorlage 214/2007 zur Abstimmung und der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst nachfolgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Märkischen Kreis eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Unterhaltssicherungsgesetz nach dem als **Anlage 5** dem Original der Niederschrift beigefügten Muster zu schließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46

Enthaltungen: 1

**11. Gebührenkalkulation des Stadtentwässerungsbetriebs -AÖR- für das Jahr 2008
Vorlage: 212/2007**

Bürgermeister Dzewas verweist darauf, dass die Vorlage 212/2007 mit Schreiben vom 08.11.2007 bereits zugegangen ist.

Ratsherr Metzger schlägt vor, die Berichtsvorlage zunächst zur Vorberatung an die Fraktionen zu verweisen. In der Sitzung des Rates am 10.12.2007 könne die Vorlage dann erneut in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Diesem Vorschlag wird einstimmig gefolgt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

12. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

12.1. Bekanntgaben

12.1.1. Personalsituation beim Allgemeinen Sozialdienst

Erster Beigeordneter Dr. Schröder erläutert den Sachstand und teilt weitere Einzelheiten mit.

12.2. Beantwortung von Anfragen

Keine.

12.3. Anfragen

12.3.1. Beitragstabellen und Öffnungszeiten Kindergärten

Ratsfrau Haue verliest ihre schriftliche Anfrage, die der Niederschrift als **Anlage 6** beigefügt ist.

Erster Beigeordneter Dr. Schröder informiert, das hier offenbar ein Missverständnis vorliege. Die Träger und Einrichtungen sollten aufgrund des Schreibens ihre Wunschlisten vorlegen, welche Betreuungszeiten und Betreuungsplätze sie anstreben. Es gehe hier also um eine Einschätzung des Betreuungsbedarfes.

12.3.2. Baustellenzufahrt über die obere Altenaer Straße

Aufgrund der aktuellen Presseberichterstattung über die Ausfahrt der Baustellenfahrzeuge durch die Gasse zwischen Sinn-Leffers und dem ehemaligen Multistore, möchte Ratsherr Schwarz wissen, wer für entstehende Schäden aufkomme. Denn der Bauausschuss habe beschlossen, dass nur ein geringer Teil des Baustellenverkehrs über diesen Bereich abgewickelt werden solle. Wer komme für Schäden an der Fahrbahndecke und am Untergrund auf, wenn 36-Tonner diese Zufahrt verstärkt nutzten. Auch ergebe sich die Frage, inwieweit durch die Belastungen die im Untergrund verlegten Leitungen und Kabel in Mitleidenschaft gezogen würden.

Bürgermeister Dzewas sagt die Beantwortung bei nächster sich bietender Gelegenheit zu.

12.3.3. Kostenübernahme für die Beseitigung auftretender Frostschäden durch eindringende Feuchtigkeit

Ratsherr Schwarz fragt, unter Hinweis auf die breiten Fugen auf dem Rathausplatz, welche Kosten entstehen können, wenn durch eindringende Feuchtigkeit bei Frost hier Schäden auftreten. Außerdem möchte er wissen, wer dann die Kosten trägt.

Bürgermeister Dzewas sagt die Beantwortung bei nächster sich bietender Gelegenheit zu.

12.3.4. Verschmutzung der Straßen im östlichen Stadtgebiet

Ratsherr Oettinghaus weist darauf hin, dass im Bereich der Werdohler Straße, Kluser Straße, Brüderweg und Hotopstraße Verschmutzungen durch Abfall sehr zugenommen hätten. Er fragt, ob man an der Werdohler und der Elsa-Brändström-Straße zusätzlich Abfalleimer anbringen könne.

Des Weiteren sei die Grünanlage an der Werdohler Straße, nachdem dort von STL das Grün gestutzt worden sei, voller Hundehaufen.

Bürgermeister Dzewas sagt die Beantwortung nach Möglichkeit im nächsten Werksausschuss zu.

12.3.5. Personelle Ressourcen in der Stadtverwaltung

Ratsherr Fröhling fragt nach der Beantwortung der Anfrage, die er in der letzten Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung gestellt hat.

Stadtkämmerer Blasweiler weist darauf hin, dass ein Teil der Anfragen bereits direkt in der Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung beantwortet worden sei.

Die noch ausstehenden Beantwortungen seien in Arbeit.

12.3.6. Zustand der Sportplätze

Ratsherr König verliest seine Anfrage, die der Niederschrift als **Anlage 7** beigelegt ist.

Bürgermeister Dzewas schlägt vor, die aufgeworfenen Fragen in einem persönlichen Gespräch zu klären.

12.3.5. Vertrauens und Eidbruch durch Ratsmitglieder

Unter Bezug auf die Anfrage von Ratsherrn König weist Ratsherr Thiel darauf hin, dass die Ratsmitglieder zu Anfang der Legislaturperiode alle vereidigt wurden und möchte wissen, wie

sich der Bürgermeister persönlich zu dem gebrochen Eid und dem Vertrauensbruch verhält.

Bürgermeister Dzewas sagt eine entsprechende Stellungnahme zu.

13. Persönliche Erklärung von Ratsherrn Metzger

Ratsherr Metzger gibt nachfolgende persönliche Erklärung ab:

„Nachdem am vergangenen Samstag in einer Lüdenscheider Zeitung ein Artikel über einen stadtbekanntem Politiker und eine Strafanzeige erschienen ist und bei einigen Markthändlern mein Name kursiert, möchte ich, zur Verhinderung weiterer Spekulationen und Fragestellungen in der Öffentlichkeit und auch gegenüber den anderen 30 männlichen Ratsmitgliedern, folgendes feststellen:

- a) Seit Anfang August 2007 liegt eine Anzeige wegen des Verdachts auf Sachbeschädigung an einem Kfz-Marktanhänger gegen mich vor.
- b) Mir ist weder der Geschädigte noch sein Fahrzeug bekannt. Ich erinnere mich auch nicht an eine mündliche Auseinandersetzung mit einem Markthändler. Weder an diesem noch an einem anderen Tag.
- c) Ich habe, unabhängig davon, noch niemals Gewalt gegen Personen und Sachen eingesetzt. Sicherlich besuche ich öfters am Samstag den Lüdenscheider Wochenmarkt, jedoch in aller Regel vor 13 Uhr. Dabei benutze ich, auch aus ökologischen Gründen, einen Einkaufskorb.
- d) Entsprechend einer Eintragung in meinem Terminkalender war ich zur fraglichen Zeit auf der jährlichen „Knax-Party“ der Sparkasse am Nattenberg oder auf dem Weg dahin.
Von daher kann ich zur fraglichen Tatzeit nicht am Tatort Rathausplatz/Knapper Straße gewesen sein. Insofern muss hier eine Verwechslung vorliegen.
- e) Bei der Vorladung durch die Kriminalpolizei habe ich zwei Zeugen benannt, mit denen ich Gespräche auf der „Knax-Party“ geführt habe.
Beide sind nicht Mitglieder der SPD.

Vielen Dank für Ihr Verständnis.“

Dzewas
Vorsitzender

Ehrt
Schriftführerin